

Zwei Seiten einer Medaille

Handels- und die Angestelltenkammer analysieren das Budget 2020

Von Dani Schumacher
und Marc Schlammes

„Die aktuelle Situation ist gut“, so Carlo Thelen, Direktor der Handelskammer, gestern in Bezug auf das Budgetgesetz 2020. Auf die frohe Botschaft folgte allerdings unverzüglich ein großes Aber. Denn die langfristige Entwicklung bereitet Thelen Sorgen, Stichwort Wachstumsproblematik. „Wir können auch in Zukunft nicht auf Wachstum verzichten. Das geht nicht. Doch wir brauchen ein Wirtschaftswachstum, das nachhaltig ausgerichtet ist“, so Thelens zentrale Botschaft.

Der Direktor der Handelskammer zeigte diesbezüglich einige Pisten auf. „Wir müssen effizienter werden. Die Produktivität muss steigen“, so seine Botschaft. Anstatt immer mehr Arbeitnehmer ins Land zu holen, will Thelen in die Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten investieren. Zudem müsse der Bereich Innovation gestärkt werden. Vor allem aber setzt man bei der Handelskammer auf die Digitalisierung. Insgesamt wünscht sich Carlo Thelen, dass wieder neuer Schwung in den Rifkin-Prozess kommt. Vieles von dem, was nach der Wachstumsdebatte zurückbehalten worden war, habe bis heute seine Gültigkeit. Nur sei der Prozess mit den Jahren etwas ins Stocken gekommen, deshalb müsse man ihn neu lancieren, so die Forderung.

Viele Fragezeichen

Auf lange Sicht könnte sich die Finanzsituation in Luxemburg verschlechtern, warnt Thelen und verweist auf zwei Unsicherheitsfaktoren: Noch weiß niemand, wie viel die angekündigte Steuerreform kosten wird und auch die Auswirkungen des Klimapakets kann man zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht chiffrieren. Hinzu kommen die Unwägbarkeiten der internationalen Politik.

Als problematisch bewertet Thelen auch die „Rigidität bei den Ausgaben“. Knapp 75 Prozent der Ausgaben sind langfristig über Gesetze fest verankert. Zu den Ausgaben gehören allerdings auch die Investitionen. Immerhin ist ein Plus von vier Prozent des BIP vorgesehen. „Vier Prozent sind nicht außergewöhnlich. Es könnte mehr sein“, betont Carlo Thelen. Natürlich stellt sich die Frage, wie man die zusätzlichen Investitionen finanzieren soll. Thelen schlägt vor, dass die Ausgaben insgesamt „effizienter eingesetzt werden“. Die Gelder, die man durch das Plus an Effizienz einspart, kann man in andere Projekte investieren, so die Überlegung der Handelskammer. Der Direktor der Chambre de commerce schlägt deshalb die Einsetzung einer Kommission für öffentliche Investitionen vor.

Zahl des Tages

67 957

Im Jahr 2017 zählten die Sozialläden („épicerie sociale“) hierzulande 67 957 Kunden.



Die Arbeitnehmerkammer stellt fest, dass Investitionen mit ökologischem Charakter – Beispiel Tram – zurückgehen. Foto: Anouk Antony

Der Arbeitnehmerkammer bereitet die soziale Schieflage Sorgen. „Den Menschen im Land geht es beileibe nicht so gut wie dem Land selbst“, stellt Präsidentin Nora Back fest – „trotz vorhandener budgetärer Mittel“. Das Gutachten der Chambre des salariés (CSL) unterstreicht folglich die Diskrepanz zwischen einem „relativ guten Wachstum“ und einer „dynamischen wirtschaftlichen Lage“ bei gleichzeitig „erschreckender sozialer Entwicklung“.

Die Schatten der Steuerreform

Direktor Sylvain Hoffmann bestätigt diese Schieflage mit dem Verweis auf den Gini-Koeffizient, der die Ungleichheiten misst und in Luxemburg mit am höchsten ausfällt, dem stetig steigenden Anteil an Working Poor, einer verhältnismäßig hohen Verschuldungsrate sowie einer wachsenden Bedeutung von Sozialläden und anderen sozialen Einrichtungen. Mit Blick auf die Sozialausgaben besteht für die CSL ausreichend Luft nach oben; sie machten lediglich 22 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus – ein Anteil, der unter dem in den Nachbarländern liege, so Hoffmann.

Große Erwartungen ruhen darüber hinaus auf der für diese Legislaturperiode angekündigten Steuerreform; einmal mehr the-

matisierten die CSL-Verantwortlichen die unausgewogene Besteuerung von Arbeit und Kapital. Steuerlichen Spielraum stelle auch die EU-Kommission fest, die für Luxemburg bis 2029 eine Verschuldung von unter zehn Prozent prognostiziert. Schon für das kommende Jahr kann sich die Arbeitnehmerkammer die Einführung eines Steuerkredites im Bereich Mobilität von 39 Euro je Kilometer vorstellen, anstelle des bestehenden Freibetrages. Diese wäre sowohl ein sozialer als auch ein ökologischer Akzent.

Die von Finanzminister Pierre Gramegna (DP) mit dem Etatentwurf für 2020 in Aussicht gestellte Akzentsetzung im Bereich des ökologischen Wandels fällt der CSL derweil nicht kräftig genug aus. Dabei verweist die Berufskammer auf die Entwicklung bei den CO₂-Emissionen und den erneuerbaren Energien, die bis dato hinter den Zielen zurückgeblieben seien – und also größere budgetäre Anstrengungen erfordern würden. Der Vergleich zwischen den angedachten Ausgaben im Haushalt 2020 und den 2018 im Mehrjahresetat eingeschriebenen Ausgaben offenbare die budgetär-ökologische Schieflage: Von 547,89 Millionen Euro wurde das Investitionspaket auf 502,93 Millionen Euro gestutzt.